Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 20 Pfg., bei lokalen Anzeigen 15 Pfg. und 20% Teuerungszuschlag. Reklamezeile 6 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" (Während des Krieges nicht.) Monatlicher Bezugspreis 1.40 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H., in Kamen, Weststr. 10. Fernspr. Nr. 1.

Nr. 80 — Freitag, den 4. April 1919 — 47. Jahrgang

Zur Streiklage im Ruhrrevier

wird aus Berlin berichtet: Bezeichnend ist, daß die Forderungen der Bergleute auseinandergehen. Einzelne Belegschaften stellen politische Forderungen auf, andere rein wirtschaftliche, es mangelt also an einem bestimmten Programm. Einig ist man sich allgemein nur über die Forderung nach dem Sechsstundentage, die mit großer Energie verfochten wird. Aus Essen wird berichtet, daß auf sämtlichen Zechen der sechsstündige Arbeitstag mit Gewalt durchgesetzt wird. — Nach den von den einzelnen Zechen vorliegenden Meldungen ist, wie die Telegr.-Union berichtet, ein Abflauen des Streiks unverkennbar. Zwar wird die Gesamtzahl der Ausständigen im Vergleich zu gestern voraussichtlich noch dadurch eine Erhöhung erfahren haben, daß auf einzelnen Zechen die Belegschaften neu in den Streik getreten sind, doch ist auf den weitaus meisten vom Streik betroffenen Zechen ein Rückgang in der Zahl der Streikenden zu verzeichnen. Auf mehreren Zechenanlagen ist die Arbeit ganz oder zum größten Teil wieder aufgenommen worden. — Die Gesamtzahl der Ausständigen beläuft sich in der gestrigen Frühschicht auf 131 000 Mann.

In der gestrigen Belegschaftsversammlung der Zeche „Adler" in Kupferdreh wurde mit überwiegender Mehrheit beschlossen, die Arbeit heute bei 7½stündiger Schicht wieder aufzunehmen und die Frage der Regelung der 6stündigen Schichtzeit der Regierung zu überlassen.

Wie die Dortmunder Streikleitung gestern bekannt gab, sollte der Streik sich auf 203 Zechen mit einer Gesamtzahl von 330 000 Mann für alle Schichten erstrecken.

Lebensmittel für den Ruhrbezirk.

Im Ruhrstreikgebiet trafen gestern, wie berichtet wird, die ersten Lebensmittelsendungen ein. Es werden von jetzt ab an die fördernden Bergleute recht erhebliche Fettmengen vericilt. Es bestätigt sich, daß hauptsächlich die sehr schlechten Ernährungsverhältnisse das Anwachsen der Streikbewegung begünstigt haben. — Wie der Vorwärts von zuverlässiger Seite erfährt, werden die vom Auslande anrollenden Lebensmittel es schon in allernächster Zeit ermöglichen, für die Industriegemeinden und die Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern Zusatzrationen auszugeben. Mit der Verteilung werde vermutlich Mitte April begonnen werden. Es seien folgende Zusatzrationen in Aussicht genommen: In den genannten Gemeinden erhalten sämtliche Versorgungsberechtigte pro Woche auf den Kopf 125 Gramm Speck und 50 Gramm Fett. Wenn die Zufuhren wie bisher anhalten, werden alsbald auch die kleineren Gemeinden in der gleichen Weise beliefert werden können. Außerdem werden wöchentlich 250 Gramm Auszugsmehl (feines Weizenmehl) an alle Versorgungsberechtigten in sämtlichen Gemeinden ausgegeben werden. Die Preise für Speck und Schmalz werden etwa 4,50 bis 5 Mark pro Pfund betragen. Das Mehl wird verhältnismäßig teuer sein und dürfte sich auf 2 Mark das Pfund stellen.

In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung wies Oberbürgermeister Wermuth darauf hin, daß unsere Ernährungspolitik in hohem Maße beeinflußt werde durch das nervöse Streben von der Zwangsbewirtschaftung so schnell wie möglich loszukommen. Dieses Streben sei verhängnisvoll im jetzigen Augenblick.

Katastrophale Lebensmittel-Versorgung.

Der Unterstaatssekretär des deutschen Reichsernährungsamts, Freiherr von Braun, der in Spaa und Brüssel die Verhandlungen mit den Alliierten über die Lebensmittelversorgung Deutschlands leitet, gewährte einem Mitarbeiter des Nieuwen Rotterdamschen Courant eine Unterredung, in der er u. a. sagte: Die nach dem Waffenstillstandsvertrage zugesicherten Lebensmittelmengen von 70 000 To. Fett und 300 000 Tonnen Weizen pro Monat ist für ein Volk von fast 70 Millionen natürlich gering. Die gegenwärtig in Deutschland vorhandenen Vorräte genügen nicht einmal für die jetzt unzureichenden Rationen. Deutschland wird mit seinem eigenen Brotgetreide nicht länger als bis Juni auskommen. Die Verteilung von Kartoffeln wird in diesen Gegenden schon im Mai aufhören müssen. Der Bolschewismus flammt immer mehr an der deutschen Grenze auf und in Deutschland selbst können Brandherde nur noch mit Mühe eingedämmt werden. Es handelt sich nicht mehr um eine ausschließlich deutsche Angelegenheit, sondern der ganzen zivilisierten Welt. Auch die Regierungen der Alliierten haben diese Gefahr, wenn auch sehr spät, erkannt.

Die B. Z. am Mittag meldet aus Frankfurt a. Main: In der letzten Stadtverordnetensitzung gab der Direktor des Lebensmittelamtes, Dr. Schmude, aufsehenerregende Mitteilungen über den Stand der Lebensmittelversorgung. Die Rationen reichen nicht aus, um einen Menschen zu ernähren. Das Bedenklichste sei aber, das nicht einmal diese Rationen aufrecht erhalten werden können. Eine Herabsetzung sei nur aus Furcht vor Tumulten nicht erfolgt. Ob die 200 Gramm Fleisch aufrecht erhalten werden können, sei zweifelhaft. Die Einführung des Detaileierhandels sei ein Wahnsinn. Unsere Lebensmittelversorgung sei geradezu eine katastrophale.

Die württembergische Regierung ist Herrin der Lage.

(W) Am 2. April abends gelang es den Spartakisten, sich in den Besitz des Artillerie-Wagenparks in Untertürkheim und eines Wagenhauses in Wangen zu setzen. In der Nacht wurde das Artillerie-Wagen-Haus durch einen Handstreich wieder genommen. 60 Spartakisten wurden gefangen genommen. Untertürkheim und Wangen sind fest in der Hand der Regierungstruppen. Am Abend des 2. April kam es infolge von Angriffen von Spartakisten auf Patrouillen zu kleinen Schießereien, wobei zwei Zivilisten tödlich verletzt wurden. Die umlaufenden Gerüchte, die Regierung befinde sich nicht mehr in Stuttgart, Leutnant Hahn von den Sicherungstruppen sei ermordet und die Moltkekaserne sei in der Hand der Spartakusanhänger, sind falsch. Zweifellos sind sie von den Spartakisten, die das völlige Fehlschlagen ihres Aufstandes zu erkennen beginnen, zur Beunruhigung der Bevölkerung in die Welt gesetzt. Die Regierung ist in Stuttgart und in allen Städten des Landes völlig Herrin der Lage. Die Haltung der Sicherungstruppen und die Besonnenheit, mit der sie allen aufreizenden Beschimpfungen und Bedrohungen entgegentreten, verdienen vollste Anerkennung der Bevölkerung. Die Wiederaufnahme der Arbeit beginnt in verschiedenen Erwerbszweigen.

Keine Befürchtungen in der Danziger Frage.

(TU) Die Reichsregierung hat gestern abend einer Reihe führender Mitglieder der Nationalversammlung Mitteilungen über den Stand der zwischen dem Reichsminister Erzberger und Marschall Foch in Spaa geführten Verhandlungen betreffend die Truppenlandung in Danzig gemacht. Danach war der Verlauf der gestrigen Besprechungen etwa folgender: Marschall Foch hat im Namen der Entente erklärt, daß die polnischen Truppen als Bundesgenossen der Entente anzusehen sind und daß diese infolgedessen die von deutscher Seite im Waffenstillstandsvertrag zugestandene Freiheit der Landung in Danzig für die polnischen Truppen in Anspruch nehmen müsse. Die Reichsregierung beharrt demgegenüber auf ihrer Ablehnung, polnische Truppen in Danzig landen zu lassen und hat den Reichsminister Erzberger beauftragt, folgenden Gegenvorschlag zu machen: Sie lehnt nach wie vor die grundsätzliche Anerkennung des Durchzugsrechtes durch Danzig und Weichselpreußen für die polnischen Truppen ab, ist aber bereit, die Landung in anderen Ostseehäfen möglichst zu erleichtern. Dafür werden Stettin, ferner Pillau oder Libau vorgeschlagen. Als dritter Hafen kann auch Danzig in Betracht kommen, wenn die Entente besondere Garantien für das Verhalten der polnischen Truppen geben wolle, die von der Reichsregierung erst geprüft werden müßten. Ueber diesen Gegenvorschlag ist gestern abend in einer neuen Konferenz zwischen Erzberger und Foch verhandelt worden. Die Teilnehmer an den Verhandlungen in Spaa haben den Eindruck, daß eine entscheidende Krise nicht zu befürchten ist, da anscheinend beide Seiten Entgegenkommen zeigen. Diese Mitteilungen sind von den anwesenden Fraktionsführern mit Zustimmung zur Kenntnis genommen worden.

Dem Lok.-Anz. zufolge äußerte Foch namens der Entente, daß diese geneigt sei, auf eine Landung polnischer Truppen in Danzig zu verzichten. Sie gehe auf den deutschen Vorschlag ein, andere Häfen an der Ostsee zu benutzen, wenn wir bereit und in der Lage seien, Garantien für die Beförderung polnischer Truppen zu geben. Jedoch behalte sich die Entente vor, unter Umständen an einem späteren Termin zur Beförderung von Truppen auf Danzig zurückzukommen. Man glaubt hier aber in gut unterrichteten Kreisen, daß die Ententemächte hierdurch nur den polnischen und französischen Wünschen wenigstens äußerlich entgegenkommen wollten.

Zu den Verhandlungen wird noch mitgeteilt, daß dieselben bis in die Abendstunden hinein dauerten und noch nicht abgeschlossen sind. Die Alliierten legen besonderen Wert auf möglichst schnelle Beförderung der Truppen des polnischen Generals Haller. Daraus ergibt sich eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß der von Erzberger vorgeschlagene Landweg von der Gegend um Luneville durch Deutschland von Marschall Foch in besonders ernste Erwägung gezogen wird. Reichsminister Erzberger und Marschall Foch wohnen beide in ihrem Salonwagen.

Wilsons Aerger über den schleppenden Gang der Verhandlungen.

Funksprüche aus Neuyork betonen die Unzufriedenheit und Verärgerung Wilsons über das schleppende Tempo der Friedenskonferenz und heben die Unzufriedenheit der Amerikaner darüber hervor, daß trotz dreiwöchentlicher Anwesenheit Wilsons in Paris mit Ausnahme der Militärverfügungen nichts fertig geworden ist. Die Freunde Wilsons werden gegen die imperialistische Politik Clemenceaus recht deutlich und drohen mit den Enthüllungen über die Ursache der Verzögerung der Verhandlungen, falls es der Friedenskonferenz nicht in kürzester Zeit gelingen sollte, über einige entscheidende Fragen einig zu werden. Die Amerikaner behaupten, daß Wilson persönlich an die französischen Delegierten in dieser Richtung ein Ultimatum gestellt habe, so daß binnen kürzester Zeit entweder eine Einigung zustande kommen müsse, oder Amerika sich von der Konferenz zurückziehe.

Deutscher Stahl in Feindeshand.

(TU) Arthur Saternus, der wegen seines Artikels „Hochverrat der deutschen Schwerindustrie" vom Stahlwerksverband zum Beweise seiner Behauptungen aufgefordert wurde, gibt einen solchen in der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts" folgendermaßen: Die Gesamtausfuhr an Roheisen, Halbzeug, Schienen usw. in den beiden ersten Kriegsjahren bezifferte sich nach Angaben, die dem Reichsamt des Innern entstammen, auf durchschnittlich 250 000 Tonnen monatlich, insgesamt also bis Ende 1916 auf mindestens 6 Millionen Tonnen. Eine behördliche Kontrolle über die Ausfuhr, die dafür zu sorgen gehabt hätte, daß das Eisen im neutralen Auslande bleibt, existierte damals noch nicht. Das muß ausdrücklich festgestellt werden. Der Roheisen- und der Stahlwerksverband hatten gegenüber dem Ministerium des Innern dafür die Gewähr übernommen, daß die Ausfuhrprodukte nicht der feindlichen Kriegsführung zugute kommen. Diese Garantie konnte nicht innegehalten werden, ob mit oder ohne die Schuld der fraglichen Stellen, bleibt ganz gleichgültig, denn sonst hätten die Verbände solche Zusicherungen nicht machen dürfen, ohne sich mit den Interessen des kämpfenden Volkes in schärfsten Widerspruch zu setzen. Die volle Verantwortung trifft die Verbände in jedem Falle. Beweis dafür ist, daß die Ausfuhrabteilung des Kriegsministeriums auf Grund der sich häufenden Meldungen über die Weiterführung von Stahl und Eisen nach Frankreich und Italien sich September 1916 genötigt sah, bei der schweizerischen Bundesregierung dahingehend vorstellig zu werden, daß diese generelle Ausfuhrverbote für Eisen und Stahl nach Frankreich erlasse. Dies wurde von der Schweizer Regierung abgelehnt unter Hinweis darauf, daß Deutschland selbst damals noch keine amtliche Ausfuhrkontrolle besaß. Eine solche wurde dann erst bei der Durchführung des Hindenburg-Programms eingeführt.

Die Aufhebung der Staatskirche.

(W) Der vom Verfassungsausschuß angenommene Artikel 30a besagt in seinen wichtigsten Sätzen: Es besteht keine Staatskirche. Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet. Der Zusammenschluß von Religionsgesellschaften innerhalb des Reichsgebietes unterliegt keiner Beschränkung. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet die Angelegenheiten selbständig und verleiht die Aemter ohne Mitwirkung des Staates. Die Religionsgesellschaften und geistlichen Gesellschaften erwerben Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechts. Den Religionsgesellschaften stehen die Rechte einer öffentlichen Körperschaft zu, sofern sie solche bisher besaßen. Die Religionsgesellschaften sind berechtigt, die Mitglieder zu besteuern, wenn sie die Gewähr der Dauer bieten. Die Religionsgesellschaften werden denjenigen Vereinigungen gleichgestellt, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen. Sonntage und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben erhalten. Die auf Gesetzesvertrag oder sonstige Rechtstitel beruhenden staatlichen Leistungen an Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Grundsätze hierfür stellt das Reich auf. Das Eigentum in für Kultus- und Wohltätigkeitszwecke bestehenden Anstalten, Stiftungen und Fonds bleibt bestehen.

„Feige Nachgiebigkeit" der Sozialdemokratie.

In einem Protest gegen eine Verankerung des Mäcenatentums wendet sich das sozialdemokratische Mitglied der Nationalversammlung August Winnig in der „Glocke" vom 29. März gegen die „feige Nachgiebigkeit" der sozialdemokratischen Partei gegenüber populären Schlagworten. Diese feige Nachgiebigkeit sei das Erbübel der sozialdemokratischen Partei. Er sagt: „Solange die Partei vor der Notwendigkeit steht, ihre Forderungen und taktischen Methoden den ewig fließenden Bedürfnissen des praktischen Lebens anzupassen — und das ist seit mindestens zwei Jahrzehnten der Fall —, solange hat sie immer wieder mit dieser feigen Nachgiebigkeit gesündigt. Es gibt kaum ein Gebiet der inneren und äußeren Politik, auf dem wir nicht zurückgeblieben wären, weil uns diese Kugel am Bein hing. Wagen wir es doch endlich einmal, auch der Masse unserer Anhänger selber zu sagen, daß nicht alle ihre Wünsche und Forderungen Ausgeburten der reinen Vernunft sind, und wir werden uns selbst darüber klar, daß wir den uns anhängenden Massen des Volkes gegenüber die Pflichten des Erziehers zur Politik haben! Es ist beschämend und empörend, wenn man täglich sehen und hören muß, wie sich die reife politische Erfahrung dem fasigen Geschrei des Novemberhaufens unterwirft, und wie sehr der Mannesmut, der vor Fürsten stromen eine revolutionäre Tugend war, vor diesem Geschrei ins Gegenteil umschlägt."

Der redende Kronprinz.

Wolffs Büro teilt mit: Der „B. Z. a. M." zufolge setzt der Berichterstatter des Kopenhagener Blattes „Berlingske Tidende" seine Mitteilungen über die auf der Insel Wieringen mit dem deutschen Kronprinzen gepflogene Unterhaltung fort. Der Kronprinz sagte: Selbstverständlich war ich mit Leib und Seele Soldat. Aber man verwechselt die Tatsache, daß ich meinte, Deutschland müsse zum Kriege bereit sein mit dem Wunsche, selbst einen Krieg herbeizuführen. Ich wäre doch nicht so dumm gewesen, einen Krieg zu wollen oder zu heißen, ihn herbeizuführen zu einem Zeitpunkt, wo Deutschland die ganze Welt gegen sich hatte. Wenn Deutschland etwas als Eroberungsstaat hätte ausrichten wollen, warum nicht viel lieber damals, als England mit den Buren zu tun hatte, oder während des russisch-japanischen Krieges, wo man hätte haben können, was man wollte. Aber der Fehler war, daß man in Deutschland nicht ins Ausland reiste und etwas lernte. Man blieb unwissend. Was andere Völker anbetraf, so kannte ich die Engländer und wußte, daß sie sich nicht begnügen würden, nur mit 300 000 Mann über den Kanal zu kommen. In Deutschland bildete man sich ein, man sei das auserwählte Volk der Erde und verschloß die Augen davor, daß es in Wirklichkeit das meistgehaßte Volk der Welt war, und warum? Nicht nur, weil wir so schlechte Manieren hatten und mit dem Messer aßen, nein, weil der deutsche Reichstag nie etwas für die Propaganda bewilligte. Ich will ein einziges Beispiel anführen: Der deutsche Gesandte in Peking hatte einen Betrag von 20 000 Mk. jährlich, um Stimmung zu machen. Der russische Gesandte verfügte in der gleichen Zeit über 200 000 Rubel, und als wir uns endlich, natürlich viel zu spät, entschlossen hatten, Propaganda zu treiben, da war der Krieg bereits verloren. Ludendorffs Berichte waren im letzten halben Jahre verlogen bis zum Lächerlichen. Man kann nicht, wie Herr Ludendorff, 360 Geschütze und 30 000 Mann verlieren und gleichwohl melden, daß man einen Abwehrsieg erfochten habe. Es gibt Grenzen dafür, wie plump die Lügen ausfallen. Unsere Feinde dagegen logen fein. Ueber Erich Ludendorff habe ich wörtlich in meinen Erinnerungen geschrieben: Er ist durch seine rücksichtslose Energie und sein einzig dastehendes Organisationstalent weitergekommen, Eigenschaften, die vorzüglich sind, wenn es auf einen kurzen, raschen, abgeschlossenen Feldzug ankommt, die aber nicht hinreichen, um in einem langwierigen Kriege zu siegen. Er verstand es, in einem möglichst kurzen Zeitraum den letzten Mann einzuziehen. Er verstand, die Eisenbahn bis zum äußersten auszunützen, aber diese dauernde Ueberanstrengung der Nation mußte auf die Länge zum Zusammenbruch führen. Ich bin ein eifriger Automobilist und hole meine Bilder daher, wo ich mich heimisch fühle. Deutschland unter dem Befehl Erich Ludendorffs kann man mit einem Motor vergleichen, den man ununterbrochen, Jahre hindurch, mit der größten Umdrehungszahl laufen läßt. Eines schönen Tages ist er abgenutzt und bricht ohne Warnung zusammen. Im Sommer 1918 sagte ich dem Kaiser: Die 1. Gardedivision, eine Truppe, die meinem Herzen besonders nahesteht, die mit Ehren an allen Fronten kämpfte, kam mit schweren Verlusten aus der Frühjahrsoffensive. In der ersten Linie sind nur 800 Gewehre übrig geblieben. Die Division braucht mindestens 4—5 Wochen, um wieder zu Kräften zu kommen und aufgefüllt zu werden. Aber jetzt ist der Befehl da, sie wieder nach nur einer Woche Ruhe einzusetzen, d. h. nach meiner Meinung, daß sie beim nächsten Sturmangriff bis zum letzten Mann niedergekämpft wird. Der Kaiser hörte mich aufmerksam an. Beim nächsten Vortrag beim Generalstab erhob er sich und nahm das Wort: Mein Sohn, der Kronprinz, hebt hervor, daß . . . . . Ludendorff sprang auf, rot vor Wut, starrte den Kaiser in Grund und Boden und wartete kaum, bis S. M. zu Ende gesprochen hatte: Es ist unerhört, daß solche Dinge überhaupt dem Obersten Kriegsherrn unterbreitet werden. Der Kronprinz weiß nicht Bescheid, worüber er spricht. Ich verlange, daß er künftig sein Interesse auf das Gebiet begrenzt, das seinem Befehl untersteht und sich nicht in unsere Dispositionen mischt. Die 1. Gardedivision muß und wird an dem von uns festgesetzten Zeitpunkt in den Kampf kommen. Wir haben noch eine Woche Ruhe, damit müssen sich auch andere Truppenteile unter dem Drucke der gegenwärtigen Ereignisse begnügen. Es werden an die Soldaten des Kronprinzen keine größeren Ansprüche gestellt, als an das übrige deutsche Herr. Die 1. Gardedivision hat nur das Gewöhnliche geleistet. Wie der Berichterstatter weiter meldet, bot der Kronprinz den Eid an, daß der berühmte Kronrat in Potsdam niemals stattgefunden hat. — Einer schiebt die Schuld auf den andern. Es ist kein erfreuliches Schauspiel, welches manche unserer Prinzen und Heerführer der Welt nach dem Zusammenbruch bieten. Was die hohen und höchsten Herrschaften wohl gesagt haben würden, wenn der Krieg von uns gewonnen wäre?

Aus der Waffenstillstandskommission.

(W) Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spaa vom 31. 3.: Auf Grund von Zeitungsnachrichten ersuchte die deutsche Kommission um beschleunigte Feststellung, ob tatsächlich 60 000 deutsche Kriegsgefangene von England nach Frankreich in die zerstörten Gebiete abbefördert werden sollen. Nach Bekanntmachungen in belgischen Zeitungen war für den 29. 3. eine Generalversammlung der Société Générale Charbonnière in Antwerpen anberaumt worden, die sich laut Tagesordnung mit der „Auflösung der Gesellschaft und Ernennung von Liquidatoren" befassen sollte. Unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung wies der Vertreter der deutschen Regierung darauf hin, daß das Unternehmen 2523 Anteile habe, von denen 1708, die sich in deutschem Besitz befinden, sämtlich unter Zwangsverwaltung gestellt sind. Da für die Auflösung der Gesellschaft satzungsgemäß eine Dreiviertelmehrheit aller Anteile erforderlich ist, habe, wie der Regierungsvertreter ausführte, die Tagesordnung den Sinn, wenn der Zwangsverwalter der deutschen Anteile für die Auflösung stimme. Dies aber würde die deutschen Interessen verletzen und außerdem der belgischen Verordnung über Zwangsverwaltungen widersprechen, wonach der Zwangsverwalter die ihm anvertrauten Güter sichern solle. Daher lege die deutsche Regierung Protest ein. Der deutsche Vertreter protestierte gegen den Verkauf großer Mengen Kalisalze unter den deutschen Preise durch die französischen Behörden im besetzten Gebiet. Ferner ersuchte der Regierungsvertreter die englische Kommission um Mitteilung der Gründe für das Einfuhrverbot verschiedener Berliner Zeitungen in die besetzten Gebiete und forderte die Wiederzulassung der Blätter. Die Alliierten wurden um Mitteilung gebeten, wann die Verhandlungen in Rotterdam über den Verkauf der Ladungen deutscher, in den neutralen Häfen befindlichen Schiffe beginne, deren Erlös gemäß dem Brüsseler Abkommen zur Bezahlung der Lebensmittel verwendet werden solle. Der französische Zivilkommissar hat im Kreise Grevenbroich jegliche Ausfuhr von Getreide und Mehl verboten; dadurch ist die Versorgung des Bezirks Düsseldorf unmöglich gemacht. Die deutsche Regierung forderte die Alliierten auf, die Ausfuhr aus dem Kreise Grevenbroich sicherzustellen. Der Vertreter der deutschen Regierung erhob Einspruch gegen die Beschlagnahme von Teilen der deutschen Botschaft in Therapia, die mit der völkerrechtlich geschützten Unverletzlichkeit der Botschaftsgebäude in Widerspruch steht. Der französische Vorsitzende wies darauf hin, daß der deutsche Reichsanzeiger vom 13. 2. einen Aufsatz: „Aufruf des Saargebiets" enthalten habe. Er bitte, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß die amtlichen Zeitungen im besetzten Gebiete nicht mehr zugelassen werden, wenn ihr Text anderes als amtliche Nachrichten enthalte.

Tagesereignisse.

— **(Zum Schutz des Verkehrswesens.)** Der Reichswehrminister hat eine Verordnung erlassen, in der es heißt: Wer einem in Ausübung seines Dienstes befindlichen Angestellten einer Eisenbahn- oder Untergrundbahn Widerstand leistet, ihn angreift oder zur Vornahme oder Unterlassung einer Diensthandlung nötigt, wird mit Gefängnis bestraft. Desgleichen wird jede Beschädigung der Wagen, Gleise, Leitungen und Bahnhöfe auf das schärfste geahndet werden.

— **Zur Organisation der Reichswehr** machen verschiedene Berliner Blätter Zahlenangaben über die geplante Stärke der einzelnen Formationen. Es wird von 26 starken und 11 schwachen aufzustellenden Brigaden und einer voraussichtlichen Gesamtstärke von 241 500 Mann gesprochen. Diese Angaben sind jedoch verfrüht und zum Teil unrichtig. Zuverlässige Angaben sind in Kürze zu erwarten, doch dürfte kaum auf die Mitteilung der Stärke jeder einzelnen Formation zu rechnen sein.

— **(Ein niederträchtiger Bataillonsführer.)** Auf Grund des Gesetzes über die Aufstellung der Reichswehr und Auflösung des alten Heeres wurde die Verschmelzung der Ersatzbataillone des Augusta-, Franz- und Alexander-Regiments zu einem Ersatzbataillon der aus der mobilen 2. Garde-Infanteriedivision zu bildenden Reichswehr-Brigade in Aussicht genommen. Der Führer des Ersatzbataillons Augusta hat die Mitteilung hierüber zum Anlaß genommen, in einer Ansprache an das Bataillon die Mannschaft aufzufordern, ihre Waffen und Ausrüstung zu verkaufen. Zum Teil sind die Mannschaften bereits der Aufforderung nachgekommen. Wes Geistes Kind die bereitwilligen Käufer sind, läßt sich denken. Um weitere schwere Schädigungen der öffentlichen Sicherheit und des Militärfiskus zu verhüten, hat der Reichswehrminister angeordnet, daß die Kaserne des Ersatzbataillons Augusta von Regierungstruppen besetzt wird und die Waffenausrüstung des Bataillons beschlagnahmt wird. Diejenigen Angehörigen des Bataillons, die nicht in die Reichswehr eintreten, werden sogleich entlassen. Nach Meldungen der Berliner Blätter haben die Mannschaften des Augusta-Regiments ihre Waffen abgegeben. Es ist nicht zu irgendwelchen Ruhestörungen gekommen.

— **(Blutige Folgen eines Ueberfalles auf Offiziere.)** In Sensburg kam es im Anschluß an einen Ueberfall auf in einem Hotel befindlichen Offiziere, die mißhandelt und mit dem Tode bedroht wurden, zu einem mehrstündigen, mit Maschinengewehren und Handgranaten ausgetragenen Kampf zwischen Regierungstruppen und Unruhestiftern, wobei mehrere Personen schwer verletzt wurden. Ueber die Stadt ist der Belagerungszustand verhängt worden. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen worden.

— **(Volksstaat Reuß.)** Der gemeinsame Landtag der Freistaaten Reuß lehnte den vom Verfassungsausschuß vorgeschlagenen Namen „Volksstaat Ostthüringen" ab und stimmte dafür, daß die Freistaaten Reuß unter dem Namen „Volksstaat Reuß" zu einem Staat verschmolzen werden.

— **(Opposition gegen Clemenceau.)** Der französische Senat, der bisher mit Clemenceau durch Dick und Dünn ging, faßte den gegen die Gesamtpolitik der Regierung gerichteten Beschluß, zehn Milliarden Francs von dem Titel Militär-Auslagen abzustreichen, obendrein mit dem Zusatz, jener Abstrich sei ein Vorzeichen, daß der Senat eine einschneidende Verminderung der militärischen Auslagen für unabweisbar erachtet. Kein Mitglied der Regierung nahm das Wort. Die Folgen des Senatsbeschlusses, der bei den linksseitigen Kammergruppen große Befriedigung erregt, sind vorläufig nicht abzusehen. Zurzeit wäre, da im Rat der Vier die bedeutenden Unstimmigkeiten fortdauern, eine französische Ministerkrise bedenklich.

— **(Die Erschießung des Kapitäns Fryatt.)** Die deutsche Völkerrechtskommission hat, nach dem „Abend", folgendes Urteil verkündet: Die Erschießung des Kapitäns Charles Fryatt, die das Feldgericht Brügge auf Grund des Urteils des feldgerichtlichen Verfahrens am 16. Januar 1916 fällte, enthält keine Verletzung des Völkerrechts. Die Kommission bedauert auf das lebhafteste die Schnelligkeit, mit der das Urteil vollstreckt worden ist. Das Urteil und die umfangreiche Begründung desselben werden dem Vertreter Englands und dem holländischen Ministerpräsidenten Ruppard übergeben werden.

— **(Aus dem Saargebiet.)** Zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Saargebiet und in der Westpfalz wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der am 15. April die achtstündige Arbeitszeit für das Saargebiet und die Westpfalz unter Umrechnung der Löhne eingeführt wird. Der Oberbürgermeister von Saarbrücken Mangold wurde auf Verfügung Fochs vom 28. 3. seines Amtes enthoben. Die französische Militärverwaltung nahm Anstoß an dem Hervortreten des Oberbürgermeisters als Unterzeichner des rheinischen Protestes gegen die Loslösung von Deutschland. Oberbürgermeister Mangold stand schon seit fast 19 Jahren an der Spitze der zwei Saarstädte Saarbrücken und Malstatt-Burbach.

— **Das Vollzugskomitee** der internationalen sozialistischen Arbeiterkonferenz beschloß auf ihrer am Montag in Paris abgehaltenen Sitzung, am 26. April nach Amsterdam eine Versammlung der parlamentarischen allgemeinen Kommission einzuberufen, um über die Fragen zu beraten, die auf der Konferenz in Bern nicht erwähnt worden sind. Es handelt sich hauptsächlich um territoriale Fragen. Außerdem wird die Konferenz in Amsterdam die durch den Präliminarfrieden geschaffene Lage untersuchen und die Haltung besprechen, die man angesichts der Gründung einer Internationale in Moskau einnehmen wird. Außerdem soll erwogen werden, wie die sozialistische Presse entlastet werden kann. Man will auch über die Einberufung eines neuen internationalen Kongresses, der voraussichtlich im August in der Schweiz stattfinden soll, Beschluß fassen.

— **Ueber neue Bedingungen Frankreichs gegenüber Deutsch-Oesterreichs** telegraphiert der Basler Korrespondent des anschlußfeindlichen „Neuen Wiener Journals", Frankreich werde folgende Vorschläge an Deutsch-Oesterreich gelangen lassen: Deutsch-Oesterreich erhält die westungarischen Komitate mit Oedenburg, sowie den südmährischen Bezirk Znaim, falls der Anschluß an Deutschland unterbleibt. Tirol soll eine unabhängige selbständige Republik werden. Der Zweck dieser Lösung wäre einerseits, Wien die Möglichkeit besserer Versorgung aus den gemüsereichen Komitaten Westungarns zu gewährleisten, andererseits Deutsch-Oesterreich von dem passiven Tirol zu entlasten.

— **(Bolschewisten-Zerstörungen in Ungarn.)** Das „Neue Wiener Abendblatt" meldet nach Berichten von aus Oedenburg eingetroffenen Reisenden, daß die ungarischen Bolschewisten ihre Herrschaft auf Westungarn ausdehnen. Die in Oedenburg einmarschierten 800 Roten Gardisten zerstörten in den Kirchen die Bilder und vertrieben die Professoren und Nonnen aus den geistlichen Schulen. Die Geschäfte sind geschlossen. Nichts darf verkauft werden. In Stuhlweißenburg soll es zwischen der Roten Garde und der Zivilbevölkerung zu Schießereien gekommen sein.

— **Aufstände in Aegypten.** Aus London wird gemeldet: Reuter berichtet aus Kairo: Eine Zusammenrottung von Beduinenbanden südlich der Larly Pyramide, ungefähr 40 Meilen von Kairo, wurde von den Engländern zerstreut.

— **20 000 Koreaner** demonstrierten in Söul. Militär mußte aufgeboten werden, was zahlreiche Verluste an Menschenleben zur Folge hatte. Viele Leute wurden verhaftet. Man erwartet, daß die Lage ernst wird.

— **(Die Z. E. G. als Hindernis.)** Von maßgebender Seite wird uns aus holländischen Exportkreisen versichert, daß das Fortbestehen der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft in Deutschland ein Hindernis für die Lebensmittellieferung der Neutralen an Deutschland bildet. Neben den von der Entente zugelassenen Quantitäten Getreide, Fischen, Konserven usw., die ausschließlich an die deutsche Regierung konsigniert sind, können die Neutralen in nächster Zeit noch größere Mengen ihrer eigenen Erzeugnisse ausführen, wie Holland z. B. Frühgemüse, Milch, Käse, Butter, frische Fische; Skandinavien Fische; Schweiz Milch und Käse; Spanien Südfrüchte usw. Diese Artikel werden jedoch nur im freien Handel zu kaufen sein und zahlreiche deutsche Importfirmen haben bereits die Zusicherung erhalten, daß sie die Artikel aus den genannten Ländern einführen können. Dagegen weigern sich die Verkäufer entschieden, an die Z. E. G. zu verkaufen oder zu liefern und die deutschen Firmen und Stadtverwaltungen, welche die Waren kaufen wollen, wollen ebenfalls nichts abnehmen, wenn die Waren von der Z. E. G. beschlagnahmt werden. Bleibt dieser Zustand noch einige Wochen bestehen, dann wird Deutschland aus den neutralen Ländern von den genannten Waren nichts erhalten, sondern alles wird nach den Alliierten ausgeführt. Für holländisches Frühgemüse muß die Entscheidung schon in einigen Tagen fallen.

Abrechnung mit der Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Im Kaisersaale des „Rheingold" tagte in Berlin eine aus allen deutschen Gauen besuchte Versammlung von Obst- und Gemüsehändlern, die, wie das „Berl. Tagebl." meldet, eine scharfe Abrechnung mit der Reichsstelle für Gemüse und Obst hielt. Der erste Redner, Ludwig Gogoll (Köln a. Rh.), erging sich in Beschuldigungen gegen die Reichsstelle. Diese habe direkt Wucher getrieben, indem sie Aepfel mit 12 bis 14 Mk. einkauft und mit 30 bis 40 Mk. verkauft habe. Genau so hätten auch die Bezirksstellen und die Stadtverwaltungen gehandelt, um die Verluste wieder wettzumachen, die ihnen durch verdorbenes Obst und Gemüse entstanden seien. Hunderttausende von Zentnern Obst und Gemüse wären durch das verkehrte Bewirtschaftungssystem verdorben und damit als Nahrung für Mensch und Tier verloren. Wolle sich die Regierung behaupten, so müsse sie schleunigst aufräumen mit dem bisherigen Bewirtschaftungssystem. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst dürfte nicht abgebaut, sie müßte sofort gestürzt werden. (Lebhafter Beifall.) Der Großhändler Gehrke-Berlin sprach über die trüben Erfahrungen, die Berlin gemacht habe. Von den 200 Waggons Obst und Gemüse, die Berlin vom Monat November 1918 bis Ende Januar 1919 erhalten habe, sei der Inhalt von rund 50 Waggons total verdorben gewesen. 36 445 Zentner Wirsingkohl hätten kaum noch als Dünger verwandt werden können. Von verdorbenen Mohrrüben habe die Stadt 19 000 Zentner zu verzeichnen gehabt. Eine Kahnladung mit 3630 Zentner Mohrrüben habe nur 907 brauchbare Zentner ergeben. Kaufpreis, Fracht und Unkosten dieser Kahnladung hätten 31 737 Mk. betragen, der Gesamterlös aber nur 10,165 Mk. Auf dem Viehhof und in der Landsberger Allee habe der Magistrat Kohl, Kohlrüben, Zwiebeln und Möhren im Gesamtgewicht von rund 300 000 Zentner eingelagert gehabt. Davon hätte man nur 110 000 Zentner gebrauchen können, 41 000 Zentner wären Dünganstalten überwiesen worden, während der Rest vollständig verdorben gewesen sei. Unter diesen Umständen sei es nicht zu verwundern, wenn die Stadt bei der Bewirtschaftung von Gemüse und Obst rund 20 Millionen Mk. zugesetzt habe. Was die Handelsgewinne anbelange, so arbeite der Großhandel mit einem Nutzen von 10 bis 20 Prozent, während bei der Reichsstelle mit ihren Unterabteilungen mindestens 30 Prozent herauskämen. Alles in allem müsse gesagt werden, daß dieses System das Reich um Milliarden geschädigt habe. Deshalb sei die Beseitigung dieses Systems eine zwingende Notwendigkeit. Nachdem noch verschiedene Redner sich höchst abfällig über die Reichsstelle für Gemüse und Obst ausgesprochen hatten, gelangte folgende Entschließung zur Annahme: „Die Tätigkeit des Systems der Reichsstelle für Gemüse und Obst wirkt verheerend und vernichtend für die deutsche Volksernährung. Hunderttausende Zentner Obst und Gemüse sind dem Verderben anheimgefallen. Die Gewinnaufschläge, die die Reichsstelle, ihre Unterorganisationen, Kommunalverbände usw. erzielt haben, stellen in der Form komplette Kriegsgewinne dar und bedeuten eine schamlose Ausbeutung des deutschen Volkes. Zur Abschaffung dieser unhaltbaren Zustände fordert die Versammlung: 1. den sofortigen restlosen Sturz des Systems der Reichsstelle für Gemüse und Obst und aller Unterorganisationen; 2. die sofortige Aufhebung aller Ausfuhrbeschränkungen für Obst und Gemüse in den Grenzen des Deutschen Reiches; 3. die ungehinderte Einfuhr von ausländischem Obst und Gemüse, sowie Südfrüchten, ohne jede Beschränkung und Rücksicht auf die Valuta; 4. keine Duldung der Bildung von Syndikaten und Trusts; 5. sofortige Ausschaltung des legitimen Groß- und Kleinhandels." Dieser Beschluß soll sofort der Regierung und der Nationalversammlung in Weimar übermittelt werden.

Großes Reinemachen in der Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Wie die Reichsstelle für Gemüse und Obst mitteilt, wird die Reichsstelle die Lieferung von Marmelade für die Bevölkerung einstellen, da nach Erklärung der Reichszuckerstelle diese keinen Zucker zur Marmeladenherstellung bereitstellen kann. Voraussichtlich wird im Herbst der Obsthandel völlig freigegeben werden können. Den Verkehr mit Kohlrüben, Runkelrüben, Sauerkraut, Salzgemüse, wie Dörrgemüse und Dörrobst hat die Reichsstelle bereits freigegeben. Der Handel im Verkehr mit Frühobst und Frühgemüse werde ebenfalls frei. Höchstpreise müssen allerdings hierbei festgesetzt werden. Des weiteren sei auch der Handel und Verkauf von Frischgemüse und Frischobst im Ausland freigegeben worden.

Die geborene Krause.

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

30. Fortsetzung.

Neckend fragte er nach der Hochzeitsreise und wunderte sich, daß man diese Zeit so ausschließlich dem Sport gewidmet hatte.

„Und dein Bruder ist auch endlich im Hafen der Ehe gelandet? Es wurde wohl nachdrücklich gewünscht, damit er vernünftig wurde!"

„Unser Verhältnis hat sich gegen früher noch verschlechtert. Du weißt ja, wie wenig wir uns verstanden. Wir sehen uns kaum. Außerdem ist er gezwungen, sehr zurückgezogen zu leben, da seine Frau durch den vor einigen Wochen erfolgten Tod ihrer Großmutter, der Gräfin Angersbach, in tiefe Trauer versetzt ist. Mein Vater lebt bei ihm auf Laubenberg; der alte Herr ist recht gealtert."

„Um so mehr wird er sich gefreut haben, daß seine beiden Söhne ihm zwei Töchter durch ihre Heirat zugeführt haben. Deine Verlobungsanzeige kam mir sehr überraschend, Hans Eckardt, denn ich glaubte nicht, daß du bei deinen so oft gegen mich geäußerten Ansichten so schnell anderen Sinnes würdest. Doch jetzt begreife ich vollkommen", er sah mit einer leichten Verneigung und mit einem bewundernden Blick nach der Hausfrau hin, „wahrscheinlich ein: ich kam — ich sah — ich wurde besiegt."

„Nicht ganz so, Durchlaucht, nicht so romantisch", lächelte Rosemarie etwas gezwungen; ihre Stimme klang spröde.

Hans Eckardt schwieg.

„Ah, und ich glaubte, bei Hans Eckardts Veranlagung sei etwas Derartiges bestimmend gewesen", meinte Eldringen arglos, „ich habe manchmal darüber nachgedacht — — er hatte mir so gar nichts geschrieben. Dafür muß er jetzt beichten!"

„Als ich meine Frau das erste Mal gesehen — es war auf einer Fahrt nach dem Eibsee —, wußte ich noch nicht, daß sie die für mich bestimmte Frau war, ich fühlte es nur und dann wurde es doch Wirklichkeit", sagte Hans Eckardt ruhig.

Rosemarie wurde flammend rot; sie verstand den Doppelsinn seiner Worte in dem „ich wußte nicht — ich fühlte es nur —", und wenn in den letzteren auch ein verstecktes Bekenntnis seiner Liebe lag, so sah sie doch mit kaltem, feindseligem Sinn zur Seite.

Mit Erstaunen bemerkte der Fürst das. Jedes junge Paar hätte doch bei der Erinnerung an die erste Begegnung einen zärtlichen, selbstvergessenen Blick für einander gehabt, statt dessen gab es hier ein scheues Ausweichen. Was war das? Er fing an, zu beobachten, und da entging ihm nicht, daß der Freund und seine Frau eine gewisse gegenseitige Gezwungenheit und Kühle zu verbergen suchten.

Vielleicht war diese Heirat Hans Eckardts mit einem Fräulein Krause doch keine Liebesheirat gewesen, wie er bestimmt angenommen. Wie quälend mußten da seine gut gemeinten Neckereien gewirkt haben!

Sollte Hans Eckardt Schulden halber? — Aber gegen eine solche Annahme sprach doch seine sprichwörtliche Solidität und die aparte Schönheit der Frau, die wohl kaum jemand als lästige Zugabe eines großen Vermögens betrachtet haben würde.

Nach dem Abendessen tranken die Herren ein Glas Bier in dem kleinen roten Salon, eine Zigarre dabei rauchend. Durch den zurückgezogenen Vorhang fiel Eldringens Blick in den Musiksalon.

„Ah, Sie sind jedenfalls musikalisch, Frau Gräfin singen?"

„Ein wenig Durchlaucht! Man versucht sich so in den schönen Künsten."

„Das würde erst den begeisterten Musikfreund, sehr beglücken."

Keiner von beiden stimmte ihm zu.

„Ich möchte Sie gern einmal singen hören, Gräfin, wenn es nicht unbescheiden ist?"

Rosemarie fühlte, daß sie nicht imstande sein würde, auch nur einen Ton in Gegenwart ihres Mannes hervorzubringen. Groß und offen sah sie den Fürsten an.

„Durchlaucht wollen gütigst entschuldigen, ich kann heute nicht singen. Wenn Durchlaucht uns einmal wieder die Ehre geben — ich bin zu ängstlich, um eine möglicherweise recht ungünstige Kritik herauszufordern."

Aber Bernd Eldringen las in diesen schönen Frauenaugen mehr — eine Bitte. Und er drängte nicht weiter in sie, war nicht verstimmt über ihre Weigerung, weil sie sicher einen Grund dazu hatte. Sie verschanzte sich gar nicht erst hinter einer Indisposition, sie sagte einfach und wahr: ich kann nicht!

Hans Eckardt warf ihr einen zürnenden Blick zu. Wie konnte sie den Gast durch Launen kränken! Fehlte ihr das Taktgefühl? Wollte sie sich interessant machen? Er rang sich eine entschuldigende Worte ab. Unwillig zog sie die seinen Augenbrauen zusammen. Das hatte er nicht nötig; sie konnte selbst alles vertreten, was sie sagte und tat.

Und mit hinreißender Liebenswürdigkeit suchte sie den Gast ihre Ablehnung vergessen zu machen. Sie ging auf seine Interessen ein und fand mancherlei Berührungspunkte, und da er ebenfalls ein begeisterter Amateurphotograph war, gab es genug Gesprächsstoff, um den Abend auszufüllen.

Es war schon ziemlich spät, als er endlich ging, voll aufrichtigen Dankes für den hübschen Abend und mit dem Versprechen, bald wieder zu kommen.

Hans Eckardt geleitete ihn ein Stück des Weges.

Als er wieder zurückkehrte, sah er gerade wie im Schlafzimmer seiner Frau das Licht verlöschte.

*

In der Diele seines Hauses wartete Hans Eckardt Laubenberg auf seine Frau. Als er die Handschuhe überstreifte, kam sie die Treppe herunter, in einen hellen Abendmantel gehüllt, ein Spitzentuch über dem schönen Haar. Er geleitete sie zu dem draußen wartenden Wagen, ließ sie einsteigen und setzte sich ihr gegenüber in die andere Ecke, um bei der Enge des Coupees jede nahe Berührung zu vermeiden.

Sie wechselten nur einige belanglose Worte über die bevorstehende Festlichkeit im Hause des Obersten und schwiegen dann, bis ihr Ziel erreicht worden war.

Es war das erstemal, daß der Rittmeister Graf Laubenberg und seine Frau an einer Souper teilnahmen, und er wußte genau, daß dieser erste offizielle Eintritt in die Gesellschaft für Rosemarie bedeutete. Sie war die einzige bürgerlich Geborene unter den Damen des Regiments, außer der Frau Oberst von Lassert, die einer Lübecker Patrizierfamilie entstammte.

Er konnte sich lebhaft vorstellen, wie scharf man sie beobachten und gegebenenfalls kritisieren würde — das nicht nur wegen ihrer Herkunft, sondern weil sie so schön war. Ihr Reichtum, ihren bürgerlichen Namen hatte man ihr lieber nachgesehen als ihre auffallende Schönheit, gegen die keine der anderen Damen aufkam.

Gespannt blickte er ihr entgegen, als sie aus der Garderobe kam und sich mit ihm an der Tür des Empfangszimmers traf. Sie hatte ihm zu Hause keine Gelegenheit gegeben, sie vorher in ihrer Toilette zu bewundern. In einem überraschten Blick streifte er sie; so schön hatte er sie noch nicht gesehen. Ihr wundervoller Wuchs kam in dem engen, silbergestickten Crepe de chine-Kleide voll zur Geltung. Der einem schmalen Zobelkreisen besetzte Ausschnitt ließ einen Hals, Nacken und Schultern von vollendeter Schönheit sehen. An einem dünnen Platinkettchen hing ein großer leuchtender Brillant; den kostbaren Stein hatte ihr Bruder Wilhelm selbst gefunden, hatte ihn schleifen lassen und ihn als Geschenk mitgebracht. Sie trug keines von den Schmuckstücken, die er ihr gegeben aus dem Besitz seiner Mutter, den er mit Hans Bussy geteilt.

Und Hans Eckardt las in den Augen der Damen unliebsame Ueberraschung, verstecktes Neid, in den Augen der Herren helle Bewunderung. Fürst Eldringen war bereits angeregt, begeistert drückte der ihm die Hand. „Du — du gönnte dir beinahe diese Göttin nicht, die dir gehört."

Ihm gehörte?

Ebensoviel jedem anderen wie ihm! — Nicht einmal hatte er ja den Mund seines Weibes berührt. Er wußte doch, wie weich und süß ihre Lippen waren — jener einzige Kuß, den er der Unbekannten gegeben, ließ ihn nicht zur Ruhe kommen.

(Fortsetzung folgt.)

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 4. April. **(Verschiedenes.)** Bemüht sich bei einsetzender Zahlungsstockung einer Firma ein **Gläubiger-Schutzverband**, einen außergerichtlichen Akkord herbeizuführen, und erklärt er sich durch Rundschreiben an die Gläubiger bereit, deren Interessen dabei zu vertreten, so wird er dem einzelnen Gläubiger gegenüber, der die Annahme dieses Anerbietens erklärt hat, vertraglich verpflichtet, für die Berücksichtigung dessen Forderung bei der Verteilung der Masse zu sorgen. Unterläßt er das, so ist er dem Gläubiger vertragsrechtlich zum Schadenersatz verpflichtet.

Der Staatenausschuß hat dem Gesetzentwurf über die **Einführung der Sommerzeit** für das laufende Jahr zugestimmt, die für die Zeit vom 28. April bis 15. September 1919 in Aussicht genommen ist. Gegenüber allen Bedenken gegen ihre abermalige Einführung waren maßgebend die Ausführungen des Reichskohlenkommissars über die durch die Einrichtung tatsächlich, namentlich bei den Gas- und Elektrizitätswerken erzielten Kohlenersparnisse, die bei der gegenwärtig herrschenden Kohlenknappheit ganz besonders ins Gewicht fällt. — Ob von den Ersparnissen bei den Elektrizitätswerken nicht mehr auf die Verdunkelungsordnung wie auf die Sommerzeit fällt?

Ergänzungstruppen zum Anmarsch.) Der Kommandierende General des 7. Armeekorps kündigt in einer Bekanntmachung an, daß Truppen zum Einmarsch in das Ruhrgebiet bereitständen und weitere Verstärkungen im Anmarsch seien.

Den Kriegsgefangenen in Sibirien kann jetzt wieder durch die deutsche Bank Geld gesandt werden. Die Weitergabe geschieht durch die Nordischen Vereine vom Roten Kreuz, Kopenhagen. Die Umrechnung der Rubel ist zunächst auf 1,20 Mk. festgesetzt. Geldübermittelungen an Kriegsgefangene in Sibirien werden durch die Kriegsschreibstuben in Kamen und Methler ausgeführt. Dort werden auch noch Gaben für den Volksbund zum Schutze der Kriegs- und Zivilgefangenen entgegengenommen. Es ist notwendig, daß dem Volksbund reichliche Gaben zufließen, denn er übt seinen Einfluß weit über die Grenzen unseres Landes aus. Das ist notwendig, wenn etwas erreicht werden soll. Das kostet aber viel Geld.

Bezüglich der Einstellung von Kriegsgefangenen durch die deutsche Landwirtschaft erläßt das Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilmachung folgende Verfügung: „Kriegsgefangene sollen in Zukunft in der Landwirtschaft erst beschäftigt werden, wenn Arbeitgeber dem Lagerkommandanten nachweisen, daß bei örtlich zuständigen Arbeitsnachweisen, sowie bei zuständigen Zentralauskunftsstellen und nächstliegenden Truppenverwendungsstelle deutsche Arbeiter nicht zu erhalten sind. Lagerkommandanten werden vom Kriegsministerium entsprechend Anweisung erhalten. Alle Landwirte sind nachdrücklichst und schleunigst darüber aufzuklären, daß die Zahl der zu erwartenden Kriegsgefangenen und Ostarbeiter äußerst gering sein wird."

Altenbögge, 3. April. **In der letzten Gemeindevertretungssitzung**, in der sämtliche Gemeindevertreter anwesend waren, wurde folgende Tagesordnung erledigt: 1. Ein vorliegender Armenunterstützungsantrag wurde, weil eine dringende Notlage nicht anerkannt werden konnte, abgelehnt. 2. Der Lohn für die Gehilfin der Klein inderschule wurde antragsgemäß erhöht. 3. Es wurde beschlossen, die bei dem Kaufmann Lauenstein lagernden Warenbestände der Gemeinde gegen Diebstahl und Feuer zu versichern. 4. Die Gemeindevertretung erklärte sich auf Antrag des Rektors Hötte mit dem Streichen der Decken und Wände in den Klassenzimmern einverstanden. Eine Kommission, bestehend aus den Herren Schirner, Wagner und Middendorf, soll jedoch vorher feststellen, welche Arbeiten in den beiden Schulen vorgenommen werden sollen. 5. Ein Lehrer hatte den Antrag auf Ueberweisung einer Dienstwohnung gestellt. Da die in Frage kommende Wohnung für den Schuldiener vorgesehen ist, mußte der Antrag abgelehnt werden. 6. Die Gemeindevertretung beschloß, den Bergmann Aug. Behrens als Wegewärter anzustellen und die Vergütung des Gemeindeboten zu erhöhen. 7. Die Prüfungskommission erstattete Bericht über die stattgefundene Prüfung der Gemeinde- und Schulkassenrechnung. Da keine Beanstandung erfolgte, erklärte sich die Gemeindevertretung mit der Abnahme der Rechnungen einverstanden. 8. Der Gemeindevorsteher machte Mitteilung von dem Schreiben des Amtes Bellum, wonach die Lebensmittelkommission eine Prüfung der Getreide- und Kartoffelvorräte vorzunehmen hat. Diese Kommission soll auch gleichzeitig feststellen, ob noch Lebensmittel freiwillig abgegeben werden können. 9. Von dem Schreiben des Städtischen Elektrizitätswerkes, wonach für den Ausbau des Straßennetzes für die Straßenbeleuchtung ein Zuschuß von 2830 Mark gefordert wurde, nahm die Gemeindevertretung Kenntnis und erklärte sich mit der Zahlung dieses Betrages einverstanden. 10. Von der Errichtung einer Polizeistation, die voraussichtlich am 15. April eröffnet werden soll, wurde Kenntnis genommen. 11. Von der Reichskartoffelstelle sind der Gemeinde Kartoffeln zum Preise von 23 Mark pro Zentner ab Holland angeboten worden. Der Gemeindevorsteher wurde ermächtigt, tausend Zentner zu bestellen.

Rottum, 4. April. **(Tödlicher Unglücksfall.)** Tiefe Trauer ist in die Familie des Landwirts Wilhelm Eckey gut Seister eingekehrt. Ein Knecht und der im Alter von 18 Jahren stehende einzige Sohn hantierten mit einem Gewehr, das an die Sicherheitswehr abgeliefert werden soll. Auf unglückliche Weise löste sich ein Schuß, der den jungen Paul Eckey traf und dessen sofortigen Tod herbeiführte.

Wickede, 31. März. **(Diebstähle.)** In der Nacht wurden aus der Stallung der Frau Wwe. Westermann in Wickede, Kurlerstraße 13 a, 3 große Kaninchen und 1 Huhn entwendet. — In derselben Nacht wurde in die Wohnung des Landwirts Karl Voß in Wickede, Kurlerstraße 15, eingebrochen. Gestohlen wurden ein brauner Herrenmantel, 2 Herrenjoppen, vier Paar Schuhe und viele andere Sachen. — In der Zeit vom 22.—24. März sind aus dem Keller des Geschäfts Holbutko in Husen, Wilhelmstraße 58, 44 große und ein kleines Brot entwendet worden. Das Kellerfenster ist erbrochen worden.

Holzwickede, 3. April. **(Steinkohlen- und Eisensteinbergwerk Caroline.)** Die in Echthausen abgehaltene ordentliche Gewerkenversammlung genehmigte den Jahresabschluß und erteilte dem Grubenvorstand Entlastung. Der Vorstand hat beschlossen, aus den Ersparnissen, die bisher gemacht worden sind, an die Gewerken einen Betrag von 200 Mark je Kux in Kriegsanleihe schon in den nächsten Tagen als Sonderausbeute zur Ausschüttung zu bringen. Die Vergütung für den Grubenvorstand, die vor 24 Jahren auf 5300 Mark festgesetzt worden ist und seitdem keine Aenderung erfahren hat, wurde mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar 1918 auf 10 000 Mark erhöht. Ebenso wurde beschlossen, die Gewinnanteilsteuer hierfür auf die Gewerkschaft zu übernehmen.

Sölde, 31. März. **An der Generalversammlung** des Aplerbecker Aktienvereins für Bergbau (Zeche Ver. Margarethe) war ein Aktienkapital von 945 000 Mark vertreten. Die Regularien wurden glatt erledigt und beschlossen, eine Dividende von 6 (i. V. 10) Prozent auszuschütten. Sodann bemerkte die Verwaltung, daß die folgenschweren Ereignisse der letzten Zeit alle Hoffnungen über den Haufen geworfen hätten, zumal, da infolge der geschichtlichen Einwirkung und der örtlichen Lage der Zeche der ganze Betrieb und die maschinelle Ausrüstung über Tage auf einen Zehnstundenbetrieb zusammengesetzt waren. Die Monate Januar und Februar erbrachten einen Betriebsverlust von 200 000 Mark. Der März ließ sich besser an, bis am 21. März von der Belegschaft der Sechsstundentag unter Tage gewaltsam erzwungen worden war.

Sülderholz, 3. April. **(Rind gestohlen.)** Dem Bergmann Heinrich Kalthoff hierselbst wurde in einer der letzten Nächte ein wertvolles Rind aus dem Stall gestohlen. Die Spitzbuben erbrachen die Tür und verschafften sich somit Eingang.

Lichtendorf, 3. April. **Umzüge** veranstalteten streikende Arbeiter Dienstag nachmittag in Lichtendorf, Oberberge usw. und zwangen, wie die „Schw. Ztg" meldet, eine Anzahl Landwirte zur Hergabe von Lebensmitteln.

Geisecke, 3. April. **Eine Einbrecherbande** von acht Mann hat Dienstag nacht dem Landwirt Krümmer in der Krümmede einen Besuch abgestattet. Die Räuber, die auf einem großen Wagen vorgefahren kamen, haben 2 Rinder und 2 Schweine auf dem Hofe abgeschlachtet und sind dann in der Richtung auf Aplerbeck davongefahren.

Christliche Gewerkschaften und Spartakus.

Dortmund, 2. April. Die christlichen Gewerkschaften Dortmunds nahmen Sonntag durch eine Mitgliederversammlung zu dem von spartakistischer Seite gemachten Versuche Stellung, die Arbeiterschaft des Dortmunder Bezirks zu einem politischen Massenstreik zu bewegen. In der Versammlung fanden hierzu nachstehende Resolutionen einstimmige Annahme:

1. Die heutige Versammlung der christlichen Gewerkschaften nimmt nach einem Referat des Gewerkschaftssekretärs Kreil Stellung zu den derzeitigen spartakistischen Bestrebungen. Die Versammlung verurteilt entschieden die Bemühungen, die darauf gerichtet sind, aus politischen Gründen die Arbeiterschaft auf die Straße zu führen und zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen. Getreu ihren Grundsätzen lehnt die christliche Arbeiterschaft es ab, sich zu einem politischen „Generalstreik" verleiten zu lassen. Sah sie schon in der Vergangenheit in demselben ein untaugliches Mittel zur Durchsetzung politischer Forderungen, so sieht sie in der gegenwärtigen Zeit in der Aufreizung zu einem solchen ein Verbrechen, da er die Verelendigung der Arbeiterschaft herbeiführen muß. Zudem widerstreben die für den „Generalstreik" aufgestellten Forderungen, wie Beseitigung der jetzigen Regierung, Einführung des Bolschewismus, Bildung einer roten Garde, Auflösung der Freiwilligen-Regimenter, Beseitigung der Nationalversammlungen usw., den Grundsätzen der christlichen Gewerkschaften. Die Beteiligung an derartigen Bestrebungen wären ein Hohn auf unsere bisher vertretenen Anschauungen. Die Versammlung lehnt daher einmütig die spartakistischen Bestrebungen ab und verpflichtet die Mitglieder zur entschiedenen Gegenwehr. Sie fühlt sich dabei eins mit der größten Zahl auch der in anderen gewerkschaftlichen Verbänden organisierten Arbeiterschaft. Sie lehnt jede Beteiligung an dem jetzigen spartakistischen Putsch, der uns nur weitere Not und Elend, aber keinerlei Vorteile bringen wird, ab und legt dabei entschiedenen Protest dagegen ein, daß von einer kleinen spartakistischen Minderheit die Mehrheit terrorisiert wird. Sie erwartet von der Behörde Schutz der zur Arbeit bereiten Arbeiterschaft. Sie hofft, daß die Vernunft und Besonnenheit sich durchsetzen wird und der Terror zurücktritt. Wenn jedoch auf letzterem von den Unruhestiftern nicht verzichtet wird, so muß Gewalt gegen Gewalt treten.

2. Seit Wochen wird von interessierter Seite unter der Arbeiterschaft eine beispiellose Hetze gegen die Gewerkschaftsführer betrieben. Systematisch wird dahin gearbeitet, das Vertrauen der Mitglieder der Organisationen zu ihren Führern zu untergraben. Ganz richtig gehen die Hetzer hierbei von der Voraussetzung aus, daß eine führerlose Masse leicht zu einem Spielball in den Händen der Aufrührer wird. Die heute versammelten Mitglieder der christlichen Gewerkschaften durchschauen die Absicht der Gegner. Sie bringen deshalb zum Ausdruck, daß ihre Führer volles Vertrauen genießen. Vor die Wahl gestellt, Schulter an Schulter mit den langjährigen bewährten und selbstlosen Führern zu kämpfen, oder den Schreiern nachzulaufen, die der hiesigen Arbeiterschaft vollkommen unbekannt, erst nach der Revolution aufgetaucht und wieder verschwinden werden, wenn die Arbeiterschaft im Unglück sich befindet, wird der christlichen Arbeiterschaft die Wahl nicht schwer. Sie stellt sich an die Seite ihrer Organisationsbeamten und weist alle Angriffe auf dieselben mit aller Entschiedenheit zurück. Vertrauen um Vertrauen! Treue um Treue!"

*

Dortmund, 2. April. **Die Handwerkskammer** Dortmund hielt gestern im Stadtverordneten-Sitzungssaale eine Vollsitzung ab, die von Herrn Maurermeister Heine geleitet wurde. Dieser wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß seit der letzten Tagung am 21. Juli 1918 das sonst so stolze Deutsche Reich von seiner Höhe herabgestürzt sei und nun zertrümmert am Boden liege. Leider sehe es auch im Innern schlimm aus, schwere Wirren zerrissen das Volk, unsinnige Forderungen würden gestellt, man drohe mit Generalstreiks. Schlimme Zeiten habe das Handwerk durchgemacht, es müsse vor allem das Handwerk fest zusammenhalten, um die in Aussicht gestellte Sozialisierung der Lebensmittelbetriebe zu verhüten. Redner begrüßte den anwesenden Regierungskommissar Herrn Regierungsrat Dr. Hüsken und schloß mit dreifachem Hoch auf das Handwerk. Herr Dr. Hüsken versicherte, die Regierung werde alles ihr mögliche tun, um dem Handwerk zu helfen; aber niemals als heute habe der Satz mehr Geltung gehabt: Hilf dir selbst, so hilft dir Gott! Es folgte dann der Jahresbericht, erstattet durch Herrn Syndikus Moritz. In dem ausführlichen Berichte kommt zum Ausdruck, daß der Vorstand alles nur Mögliche getan hat, um dem bedrängten Handwerk so weit als eben möglich zu helfen. In der letzten Zeit fanden Besprechungen zwischen einzelnen Zweigen wegen Abwendung der drohenden Sozialisierung der Lebensmittelbetriebe statt. Der Arbeitsnachweis der Kammer ergab, daß die Zahl der offenen Stellen bis zum Februar d. J. hin stets höher gewesen ist, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Im laufenden Jahre meldeten sich bis zum 1. März 632 Lehrlinge, 500 konnten untergebracht werden. Die Jahresrechnung der Kammer schließt in der Einnahme mit 151 735 Mk., in der Ausgabe mit 138 004 Mk. ab, es bleibt somit ein Bestand von 13 731 Mk. Für Veranstaltungen zur Hebung des Handwerks wurden 52 443 Mk. ausgegeben. Die Prüfungsgebühren sollen entsprechend erhöht werden und zwar für die Gesellenprüfungen auf 12,50 Mk., für die Meisterprüfungen auf 50 Mk., für das Maurer-, Zimmerer- und Steinhauerhandwerk aber auf 60 Mk. Die Kammer erteilte erst kürzlich die Genehmigung zur Zahlung von Teuerungszulagen an die Beamten und zwar für 9 verheiratete 5236 Mk., für 11 unverheiratete 2200 Mk.

Dortmund, 3. April. **Der städtische Haushaltsplan** weist einen Fehlbetrag von 20 301 900 Mark auf. Derselbe soll nach dem Magistratsvorschlage gedeckt werden durch einen Zuschlag von 300 Prozent (im Vorjahre 250) zur Staatseinkommensteuer, 210 Prozent Betriebssteuer, 265 Prozent (230) der Grund- und Gebäudesteuern bezw. 3,75 (3,25) für je 1000 Mark des gemeinen Wertes, 280 Prozent Gewerbesteuer und der Erhebung der Kopfsteuer wie im Vorjahre.

Münster, 3. April. **(Zwei Polizeibeamte von einem Verbrecher tödlich verletzt.)** Gestern vormittag wurden der Polizeiwachtmeister Köhler und der Kriminalbeamte Eickhoff gelegentlich der Festnahme eines aus dem hiesigen Gefängnis entwichenen und steckbrieflich verfolgten Schwerverbrechers namens Kipp durch mehrere Revolverschüsse schwer verletzt. Die Beamten suchten den Verbrecher in seiner Wohnung in der Wilhelmstraße auf. Der Aufforderung, unter dem Bett hervorzukommen, kam Kipp nach und gab dann auf die Beamten sechs Revolverschüsse ab. Köhler erhielt zwei Lungen- und zwei Kopfschüsse, Eickhoff zwei Lungenschüsse. Einer der Beamten verletzte Kipp durch einen Revolverschuß lebensgefährlich.

Mülheim (Ruhr), 3. April. **(Beamtenstreik.)** Bei der Firma Thyssen & Co. sind die gesamten Angestellten, nachdem die Firma die Gehaltsforderung abgelehnt hatte, gestern vormittag 10½ Uhr in den Ausstand getreten. Die Arbeiterschaft übt passive Resistenz. Das ganze Werk wurde stillgelegt.

Benrath, 3. April. **(Die Folgen einer Engländerverprügelung.)** In dem von den Engländern besetzten Abschnitt Solingen ist den Einwohnern verboten worden, sich von abends 8 Uhr bis morgens 5 Uhr auf die Straße zu begeben. Der Grund hierzu gab ein Vorfall, wonach ein englischer Offizier in Solingen von den Einwohnern verprügelt worden ist, wofür die Stadt bereits eine Geldstrafe von 25 000 Mark bezahlen mußte.

Köln, 3. April. **Die drei Mörder** der Haushälterin Hulda Dahm in Elberfeld haben ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Weitere Nachrichten.

Ausstand der Angestellten der Berliner Metallindustrie.

Die technischen und kaufmännischen Angestellten in der Berliner Metallindustrie sind Mittwoch vormittag in den Streik getreten. Die Zahl der Streikenden, unter denen sich alle Angestelltenkategorien befinden, beläuft sich nach ungefährer Schätzung auf über 30 000. Gemäß einem Beschluß in der Dienstag-Versammlung der Vertrauensleute des Bundes der technischen und industriellen Beamten sind in allen Betrieben der Metallindustrie unter den Angestellten Abstimmungen darüber vorgenommen worden, ob in den Streik eingetreten werden soll oder nicht. Die weitaus überwiegende Mehrheit hat sich für die Arbeitseinstellung ausgesprochen, und die Angestellten haben darauf die Betriebe sofort verlassen.

Heute vormittag finden auf Anregung des Demobilisierungsamtes vor dem Schlichtungsausschuß Verhandlungen zwischen dem Verband der Berliner Industriellen und den Angestelltenverbänden statt zur Beilegung der Streiks der technischen und kaufmännischen Angestellten. Die Blätter hoffen, daß diese Verhandlungen von beiden Seiten im Geiste des Entgegenkommens geführt werden, damit eine neue, schwere Erschütterung des Berliner Wirtschaftslebens vermieden wird.

*

— **(Die Flensburger Probeabstimmung.)** Die Hamburger Nachrichten melden, daß der deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig, um die maßgebenden Stellen Deutschlands und Dänemarks, sowie die Friedenskonferenz von der wahren nationalen Gesinnung Flensburgs zu unterrichten, eine Probeabstimmung veranstaltet hat. Es sind 24 863 deutsche Unterschriften eingegangen gegen 3401 dänische, dabei sei zu berücksichtigen, daß man in deutschen Kreisen der Probeabstimmung nicht allgemeine Beachtung geschenkt habe, und daß in den Kasernen nicht mit abgestimmt wurde.

— **(Heimkehr aus der Türkei.)** Der Dampfer „Asgard" mit 107 Offizieren, 42 Beamten und 1918 Mann, von Konstantinopel kommend, ist Dienstag abend in Wilhelmshaven eingelaufen. An Bord ist alles wohl bis auf einige Leichtkranke. Die Offiziere und Mannschaften werden voraussichtlich am Donnerstag, den 3. April, Wilhelmshaven mit der Bahn in die Heimat bezw. zu ihren Stammtruppenteilen verlassen. „Asgard" — schon von weitem als deutscher Truppentransporter durch Heimatswimpel kenntlich — wurde bei Helgoland vom Torpedoboot G 139 der Eisenbahn Zietitze mit brausendem Jubel begrüßt.

— **(Der ungarische Räte-Diktator in München.)** Wie die „Deutsche Tageszeitung" berichtet, ist der Diktator der ungarischen bolschewistischen Räterepublik, Bela Kun, gestern mit großem Gefolge in einem besonderen Salonwagen in München eingetroffen. Sein Wagen lief bemerkenswerter Weise in dem sogenannten Ententezuge mit, der die Verbindung zwischen Ungarn, Oesterreich und dem Deutschen Reiche herstellt. Bereits auf österreichischem Boden war er vom Bahnpersonal mit Sicherheit erkannt worden.

— **(Gegen den Freispruch Villains.)** Dem Nieuwe Rotterdamschen Courant aus Paris zufolge haben die Bergarbeiter im Departement Tarn, dessen Abgeordneter Jaures war, einen 24stündigen Proteststreik gegen den Freispruch Villains beschlossen.

Aus aller Welt.

— **Deutsche, die noch nie Schnee sahen.** Unter den Frauen und Kindern, die aus Ostafrika in Berlin eintrafen, befinden sich allein 309 Kinder. Von deren ist der größte Teil in Afrika geboren. Der Anblick des Schnees, den die Kinder überhaupt nicht kannten, löste bei ihnen zunächst großen Jubel aus, der aber bald einer schmerzlichen Enttäuschung über die Kälte Platz machte. Die jüngsten Teilnehmer an dem Transport waren ein im Dezember vorigen Jahres geborenes Zwillingspärchen und zwei auf dem Schiff während der Heimfahrt geborene Kinder.

*

Eine grauenhafte Mordtat vor dem Kriegsgericht.

Eine Greueltat, die durch Zufall im photographischen Bilde festgehalten werden konnte, beschäftigte das außerordentliche Berliner Kriegsgericht. Wegen Aufruhrs und Betätigung als Rädelsführer war der Schneider Hermann Dill angeklagt. Am 7. März ging eine Patrouille der Regierungstruppen durch den Kampfplatz der Spartakisten in der Schönhauser Allee. Ein Soldat war von den übrigen Kameraden getrennt worden und war allein. Da wurde er von der mehr als tausendköpfigen Menschenmenge erkannt, die sich auf ihn stürzte und solange auf ihn einschlug, bis er zu Boden fiel. Der Angeklagte hetzte die Menge durch brüllende Rufe: „Schlagt das Aas tot!" und „Erschießt den Hallunken!" immer wieder zu Roheiten, und so wurde der Soldat arg mißhandelt. Es gelang ihm, zu fliehen und sich in ein Eckhaus zu retten, das einen zweiten Ausgang hatte, durch den er zu entkommen hoffte. Er wurde aber wieder erkannt, und die Menschenmenge stürzte sich abermals auf ihn. Man schlug ihn zu Boden, und bearbeitete ihn mit Fäusten. Der Angeklagte, der immer wieder mit dem Rufe: „Schlagt ihn doch nieder!" die Menge zu Gewalttaten anspornte, schlug ihm mit dem zu Boden gefallenen Stahlhelm über den Kopf und trampelte mit den Stiefeln auf seinem Körper und seinem Gesicht herum. Noch einmal gelang es ihm, zu entfliehen und Schutz in einem Hause in der Lothumstraße zu suchen. Die Menge stürmte nach und stellte ihn von neuem. Zwei beherzte Männer nahmen den so arg Mißhandelten auf die Schultern und trugen ihn nach dem Lazarett in der Brauerei Königstadt. Dort sollte er eben von einem Lazarettgehilfen in Empfang genommen werden, als die nachstürmende Menge ihn wieder herauszerrte. Man rief ihm zu, er solle sich auf die Bordschwelle setzen, denn er solle erschossen werden. Der Soldat gehorchte, er wurde aber nicht erschossen, man schleppte ihn vielmehr weiter und stellte ihn an die Wand eines Hauses am Sennefelder-Platz, wo er von einem Zivilisten aus der Menschenmenge niedergeschossen wurde. Drei Schüsse gingen über ihn hinweg, einer traf ihn und streckte ihn nieder. Der Angeklagte war bei dem traurigen Gewaltakt der Haupträdelsführer. Das Gericht verurteilte ihn zu 10 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

*

— **Die Abschaffung der Amtskette** für Stadtoberhäupter ist mehrfach beschlossen, aber eine Begründung für diese Maßnahme ist kaum zu finden. Es handelt sich doch nicht um eine Auszeichnung der Bürgermeister bei diesem Schmuck, sondern um eine städtische Repräsentation bei feierlichen Gelegenheiten. In allen Republiken sind solche Dekorationsstücke eingeführt, als Ketten, Schärpen, Abzeichen usw. Warum sollen wir aus dem heutigen öffentlichen Leben alles verbannen, was einigen Glanz darauf wirft? Den können wir recht gut noch gebrauchen.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Kamen.

Bei der Ausgabe der Brotzusatzmarken am Sonnabend den 5. April d. Js., von 10 bis 12 Uhr vormittags im Fr. Hansemannschen Saale erhalten nur noch die auf auswärtigen Zechen und Eisenbahnen Beschäftigten die Zusatzmarken. Die rote Ausweiskarte ist beim Empfange der Marken vorzulegen. (1323

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 4. April. (Fechtsport.) Das Fechten ist eine notwendige Ergänzung des Turnens, das betonten schon Jahn, Friesen und Eiselen. Sein großer hygienischer und erzieherischer Wert wird heute allseitig, insbesondere von Aerzten und einsichtsvollen Erziehern, anerkannt. Dr. Marcowici, Wien-Karlsbad, sagt in den Ausführungen über seine Untersuchungen, die er an 31 Fechtern leichter Waffen im Alter von 15 bis 57 Jahren (darunter 4 Offiziere, 2 Fechtmeister, 9 Aerzte und 16 andere Herren) gemacht hat, u. a.: „Die moderne Fechtkunst ist eine feine, durchgeistigte Waffenführung, die nicht rohe Kraft in Anspruch nimmt, sondern Geschicklichkeit erfordert und in hervorragender Weise die geistigen Funktionen weckt." Auch ist das Fechten nicht zuletzt eine gute Schule feinen, ritterlichen Anstandes, der Wahrheitsliebe und Ehrlichkeit. Von größtem sportlichem Wert ist das Fechten dann, wenn die modernen Waffen, der leichte Säbel, das Florett und der Degen, zur Anwendung kommen, denn die Fechtkunst hat nicht den Zweck, die Menschen zu Athleten zu machen, sondern sie soll dem Körper Gewandtheit und Geschmeidigkeit verschaffen, das Auge schärfen, Geistesgegenwart und Energie anerziehen. Im Interesse der Kunst und mit Rücksicht auf die Gesundheit hat man die Waffen leichter gestaltet, nicht zum Schaden der Sache, denn überall zeigt sich durch das Erstarken der Fechtverbände, welchen Anklang die neue Fechtweise findet. Da wir beim leichten Säbel ein reines Hiebfechten nicht mehr haben, sondern auch der Stich hinzukommt, so war auch hierdurch die Herabsetzung des Gewichts begründet. Freilich verlangt die leichte Waffe weit mehr Ausdauer, Fleiß und Beständigkeit, als der Schläger und schwere Säbel. Aber gerade deshalb ist diese Fechtkunst die geeignetste Körperübung, denn sie fordert eine strenge Selbsterziehung; sie ist ein geschworener Feind aller nervenzerrüttenden „Genüsse" und Ausschweifungen.

Später — im Mannesalter — verliert diese Fechtkunst ihre große Anziehungskraft nicht, im Gegensatz zum studentischen Fechten, Rudern und manchem anderen Sport. Selbst nach monate-, ja jahrelangem Pausieren, verlernt man diese Kunst nicht. Eine verhältnismäßig recht kurze Zeit der Uebung, und man ist wieder auf der Höhe. Welch hoher, bleibender Wert liegt gerade hier in der Fechtkunst! Bis ins hohe Mannesalter läßt sich der Fechtsport ohne Gefahr für Herz und Lunge ausüben, und zwar nicht nur als Selbstzweck, um sich die nötige Bewegung zu verschaffen, sondern auch zum Konkurrenzkampf mit der heranwachsenden Jugend. Welche Befriedigung gerade hierin für den reiferen Mann liegt, braucht wohl kaum erörtert zu werden. Die Beteiligung bei dem Wettfechten auf dem 12. Deutschen Turnfest in Leipzig im Jahre 1913 betrug: in Gruppe C: Schwersäbel und Florett auf der Stelle 34 Mann, in Gruppe D: Schwersäbel und Florett von der Stelle: 50 Mann, in Gruppe E: Leichter Säbel und Florett von der Stelle: 149 Mann. Die Schlägergruppen A und B fielen wegen zu geringer Beteiligung aus. Diese Zahlen beweisen, daß die Zukunft dem leichten Säbel zusammen mit unserer in loser Mensur geführten Stoßwaffe gehört. Der leichte Säbel ist eine ideale Fechtwaffe, der sich in erfreulichem Maße besonders die Fechter zuwenden, die Veranlagung und den Ehrgeiz besitzen, im Fechten etwas Tüchtiges zu leisten. Um nun diesem Fechtsport neue Anhänger zuzuführen, beabsichtige ich, eine Vereinigung für Hieb- und Stichfechten zu gründen, in welcher Nichtfechter gründlich ausgebildet werden. Herren, welche dieser Vereinigung beitreten würden, werden um Angabe ihrer Adresse gebeten.

Th. Ostiander,
Kamen, Bahnhofstraße 49.

Redaktions-Briefkasten.

Civis in Kamen. Der sogen. Aufruhrparagraph handelt von der Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatz des bei öffentlichen Auflaufen verursachten Schadens. Vorausgesetzt ist ein Schaden an Personen oder Sachen, der bei einer Zusammenrottung oder einem Zusammenlaufe (also keiner friedlichen Versammlung) von Menschen durch offene Gewalt oder durch Anwendung der dagegen getroffenen gesetzlichen Maßregeln verursacht ist. Hierfür haftet ohne Nachweis eines Verschuldens die Gemeinde, in deren Bezirk die Handlungen geschehen sind. Die Verbindlichkeit fällt fort, wenn die tumultuierende Menge von außen her in die Gemeinde eingedrungen ist und die Einwohner zur Abwehr des Schadens außerstande waren. In diesem Falle geht die Ersatzpflicht auf die Gemeinde über, auf deren Gebiet die Ansammlung oder von deren Gebiet aus der Ueberfall stattgefunden hatte. Der Gemeindevorstand hat den angerichteten Schaden vorläufig zu ermitteln und festzustellen. Die Verjährungsfrist ist eine sehr kurze. Die Schadensersatzforderung muß vom Beschädigten binnen 14 Tagen, nachdem er von dem Schaden Kenntnis erhalten, beim Gemeindevorstande angemeldet und binnen 4 Wochen, wenn letzterer einen abschlägigen Bescheid erteilt hat, eingeklagt werden. Die Gemeinde hat den Regreß an die Unruhestifter und kann denselben sogar auch auf die Zuschauer ausdehnen, wenn solche sich nach dem Einschreiten der Behörde nicht sofort entfernt haben.

W. F., Westick. Der Besitzer darf das Haus jederzeit verkaufen. Der Käufer tritt dann an seine Stelle, aber Ihr Vertrag wird dadurch nicht aufgehoben. Kauf bricht nicht Miete.



Statt besonderer Anzeige.

Heute verschied plötzlich und unerwartet durch Unglücksfall unser einziger hoffnungsvoller, guter, lieber Sohn und Bruder, Neffe und Vetter

Paul Eckey

im Alter von nahezu 18 Jahren.

In tiefer Trauer:

Familie Wilhelm Eckey genl. Seister.

Rottum, den 2. April 1919.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 5. April, nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause aus statt. 1330

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen, für die zahlreichen Kranzspenden und für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Koch am Grabe, insbesondere denjenigen, welche uns in den schweren Tagen Hilfe und Beistand gewährt haben, sprechen wir hiermit unsern tiefgefühlten Dank aus.

Bergkamen, den 3. April 1919.

1329 Familie Ernst Vöpel.

Achtung! Achtung!

Alles auf zum Preistanzen.

Am Sonntag, den 6. März, veranstaltet der Gesellschafts-Klub „Fidelio", Kamen, im Lokale des Wirts Herrn Heinrich Nagel (Westentor), ein



Grosses Preistanzen

Es gelangen folgende Preise zur Verteilung:

Damen-Ehrenpreis: 1 hochfeiner Liegestuhl mit Nickelbeschlag
1. Damenpreis: 1 Broncestanduhr mit Hirsch
2. „ 1 „ „ Fuchs
3. „ 1 Haushaltungswage

Herren-Ehrenpreis: 1 hochfeiner Liegestuhl mit Nickelbeschlag
1. Herrenpreis: 1 Broncestanduhr mit Adler
2. „ 1 „ „ Fuchs
3. „ 1 Zinn-Schreibtischgarnitur

Die Preise sind im Kaufhause der Frau Selma Nentwig, Kamen, Weststraße, ausgestellt.

Unparteiische, reelle Preisrichter.

Kein Dauertanz. **Nur Schönheitstanz.**
Höchstdauer 20 Minuten.
Gute Streichmusik. **Spiegelglatter Saal.**
Beginn des Balles 6 Uhr. **Anfang des Preistanzens 8 Uhr.**
Preisverteilung 10 Uhr.

Eintrittspreise: Für Herren 1,50 Mk., für Damen 1,00 Mk.

Es ladet freundlichst ein

1318 Der Vorstand.

Osterkarten

in grosser Auswahl eingetroffen.

Buchhandlg. der Kamener Zeitung.

Spiegelscheiben-Vers.-Verein.
Montag, d. 7. April er., abends 8½ Uhr,
im Hotel Biermann:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht.
2. Rechnungslage.
3. Vorstandswahl.
4. Festsetzung der Prämie und anderweitige Regelung bei Bruchschaden.

1317

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um dringendes Erscheinen gebeten. **Der Vorstand.**

Alle Bürsten-waren Bindfaden
(Hanf u. Papier)
kaufen Sie sehr vorteilhaft bei
Carl Müller, Kamen.
1200

Krieger- und Landwehr-Verein
Overberge, Lerche, Rottum und Ostenfelemark.

Quartal-Versammlung

Weil das Vereinslokal wegen Einquatierung besetzt ist, findet die Versammlung am Sonntag nachmittag 5 Uhr bei dem Kameraden Simon statt.

Tagesordnung:
1. Zahlung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Bericht der Rechnungsrevisoren.
4. Vereinsangelegenheiten.

Kameraden, die aus dem Felde zurückgekehrt sind u. in dieser Versammlung dem Verein beitreten, sind vom Eintrittsgeld befreit. 1331

Der Vorstand.

Habe mit dem heutigen Tage das

Restaurant

des Herrn Spielhoff in Weddinghofen (Nähe Zeche Grimberg) übernommen und empfehle meine Lokalitäten angelegentlichst.

Für gute Getränke werde ich bestens Sorge tragen.

Weddinghofen, 3. April 1919.

1332 August Voß.

Vorbereitungsanstalt zu Bückeburg.
— Unter staatlicher Aufsicht. —

Zur Auskunftserteilung bin ich wieder von Sonnabend, den 5., bis Donnerstag, den 10. April, täglich von 11—1 und 4—6 Uhr, im Hotel „Römischer Kaiser" zu Dortmund zu sprechen. 1218

Direktor Dr. Velthaus

---

la. rote Ringofensteine
sofort lieferbar durch 4
Weddinghofener Ringofenziegelei.
Anfragen wolle man richten an **Wilhelm Potthoff, Lünen,** Luisenhütte.

Ein ostfriesisches
Schaf-Lamm

Mutterlamm, 6 Wochen alt, zu verkaufen. 1339
Wilhelm Tielke, Bergkamen,
Hansemannstraße 21.

Krieger- u. Landwehr-Verein
Südkamen.

Quartal-Versammlung

Sonntag, den 6. April, nachmittags 6 Uhr, im Vereinslokal 1325

Tagesordnung:
1. Zahlung der Beiträge
2. Aufnahme neuer Mitglieder
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Der
Turnklub „Eichengrün"
hält am **Sonntag, den 6. April, nachm. 4 Uhr,** seine

General-Versammlung

ab. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Um zahlreiches und pünktl. Erscheinen bittet

1333 **Der Vorstand.**

Lehrling
mit guter Schulbildung zum sofortigen Eintritt gesucht 1308
Brüning,
Rechtsanwalt u. Notar.

Tüchtiges Dienstmädchen 1335
gesucht.
Hotel Monopol, Kamen.

Möbel-Verkauf.

Beim Wirt Wilh. Schmidt in Kaiserau steht ein **schönes Zimmer,** bestehend aus:

1 grünen Plüschsofa, 1 Sofatisch, nebst Plüschdecke, 1 Vertikow, 4 Wiener Rohrstühlen, 1 Wiener Schaukelstuhl, 1 Teppich, 1 großen Spiegel mit Untersatz und außerdem 1 Kochherd

zum Verkauf. Sämtliche Sachen sind fast neu. Friedensware. 1324

Besichtigung: **Nachm. 1—3 Uhr.**

Bestellungen auf
Saathafer
erbitte sofort. 1326
Th. Ostermann.

Ein gut erhaltener Kinderwagen u. Sportwagen
mit Gummireifen
zu verkaufen **Bergkamen,** Hansemannstr. 25. 1283

Pianist und Stehgeiger
für Sonnabends und Sonntags gesucht. 1338
Hotel Monopol, Kamen.

Kleines Wohnhaus
mit Stallung, zu verkaufen. Nähere Auskunft erteilt
Aug. Vonhoff,
1247 Weststraße 67.

---

1 Kommode, Küchenbank, Eimerbank, Mantelstock, Eckbrett, Spiegel, 2 kleine Reisekörbe, mehrere Kleiderhaken, Stühle, und Porzellan und 1 kleiner Schweinetrog zu verkaufen. 1322
Näheres in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Hosenträger
in guter Qualität
empfiehlt 1201
Friedr. Möcking,
Nordstr. 34.

Stellen-Gesuche
Miet-Gesuche
inseriert man erfolgreich in der
Kamener Zeitung

Modernes, schwarz-weißes 1334
Jackenkleid
wegen Trauer zu verk.
Zu erfr. i. d. Geschst.

Schlachtziege
zu verkaufen. 1321
Wo, sagt die Geschäftsst. d. Kam. Ztg.

Junges Ehepaar zum sofort. 15. April od. 1. Mai
2—3 Zimmer-Wohnung
am liebsten an märk. 1320
Zu erfr. in der Geschst.

Tinte in nur guten :: Sorten :: Kamener Zeitung